

Rathaus - Korrespondenz

Her ausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion . Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

10. April 1948

Blatt 544

Die Wiener sparen wieder

=====

Vor dem Kriege hat es in Wien eine große Anzahl Sparvereine gegeben, deren Mitglieder Woche für Woche ihren Sparpfennig ihrem Verein übergeben haben, um knapp vor Weihnachten einen größeren Betrag zu empfangen, der die Weihnachtsfreuden der Familie finanzieren mußte. Es waren immer die kleinen Sparrer, die sich den Sparvereinen anvertrauten und sich durch ihren Beitritt selbst die Verpflichtung zum Sparen auerlegten. In Zeiten des Währungsverfalls schwindet die Lust am Sparen und die Sparvereine verlieren ihre Mitglieder. Das zeigte sich auch nach dem letzten Kriege. Während in den letzten Friedensjahren rund 2.000 Sparvereine in der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien bis zu 80 Millionen Schilling eingelegt hatten, betrug die Einlagen der Sparvereine im Jahre 1947 fast null. Das Währungsschutzgesetz hat aber auch hier erfreulichen Wandel geschaffen. Derzeit verzeichnet die Zentralsparkasse bereits wieder Einlagen von 394 Sparvereinen in der Höhe von mehr als $3 \frac{3}{4}$ Millionen Schilling. Bis zum Jahresende kann also bereits wieder mit einem namhaften Einlagenstand der Sparvereine gerechnet werden. Die Struktur der Sparvereine ist offenkundig die gleiche wie vor dem Kriege. Das zeigt sich vor allem darin, daß die meisten Sparvereine in den äußeren Bezirken entstanden sind. Während in den Filialen der Zentralsparkasse im 1. Bezirk nur 5 Sparvereine, im 6. Bezirk 6, im 8. Bezirk 2, im 19. Bezirk 4 Sparvereine ein Konto unterhalten, beträgt ihre Zahl in Favoriten 22, in Meidling und in Ottakring je 44, in Fünfhaus 48 und in Hernals sogar 58 Sparvereine. Der Ausweis der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien ist ein Beweis des Vertrauens der Wiener Bevölkerung in die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs.

Zur Räumung des Altersheimes Meldemannstraße
=====

Die beabsichtigte völlige Freimachung des städtischen Altersheimes 20., Meldemannstraße wurde in den letzten Tagen in der Presse mehrfach unrichtig dargestellt. Um die Öffentlichkeit über die Zusammenhänge und den wahren Sachverhalt zu informieren, wird folgendes festgestellt:

Das Obdachlosenheim in der Arsenalstraße das einen Fassungsraum für mehr als 3000 Personen hatte, ist durch Kriegseinwirkung fast völlig zerstört worden. Zum teilweisen Ersatz dafür wurden schon im Februar 1945 in das Altersheim Meldemannstraße Obdachlose eingewiesen. Aus diesem Grunde wurden vom Anstaltenamt schon seit längerer Zeit keine Altersheimpfleglinge mehr in das Heim Meldemannstraße eingeteilt. Dadurch hat sich deren Zahl im Laufe der letzten drei Jahre so verringert, daß sie jetzt nur mehr ein Stockwerk bewohnen, während das gesamte übrige Haus Obdachlose beherbergt. Derzeit sind dort 379 wohnungslose Personen untergebracht. Unter diesen befinden sich nur 70 Ausländer. Alle anderen sind österreichische Staatsbürger.

Es liegt auf der Hand, daß die Führung eines solchen Heimes mit dieser zweifachen Zweckbestimmung auf die Dauer nicht möglich ist. Da die Obdachlosen derzeit anderswo nicht untergebracht werden können, mußte sich die Gemeindeverwaltung zur Verlegung des kleinen Restes der Altersheimpfleglinge entschließen. Darüber werden seit längerer Zeit Verhandlungen sowohl mit den Pfleglingen wie auch mit den drei politischen Parteien geführt. Die letzte solche Aussprache fand am 31. März d.J. statt. An ihr haben neben den Vertrauenspersonen der Pfleglinge die Gemeinderäte Steinhardt, Heigelmayr und Hermine Unger teilgenommen. In dieser Besprechung wurde einhellig festgelegt, daß die wenigen noch im Heim befindlichen Pfleglinge in andere Altersheime der Stadt Wien verlegt werden, daß aber innerhalb eines Jahres keine Verlegung in eine auswärtige Anstalt verfügt wird, wobei ausdrücklich festgestellt wurde, daß die Altersheime Liesing und Weidlingau nicht als auswärtige Anstalten gelten.

Es handelt sich also dabei keineswegs um eine unbillige Härte gegen die Pflöglinge, sondern um einen Verwaltungsakt, der aus Gründen einer wirtschaftlichen Gebarung mit Gemeindemitteln notwendig ist. Die Pflöglinge werden in andere Altersheime übersiedeln, wo Plätze frei sind. Dadurch wird zugleich einer Anzahl obdachloser Familien ein Dach über dem Kopf gesichert. Diese Maßnahme ist nur so lange gedacht, als das Gebäude für die Unterbringung Obdachloser unentbehrlich ist.

Kohlenrayonierung für 1948/49

Das Hauptwirtschaftsamt Wien gibt bekannt:

Es wird nochmals in Erinnerung gebracht, daß alle Verbraucher ihre Brennstoffkarten für Raumheizung und Kochbedarf bis 15. April 1948 bei ihrem bisherigen Kohlenhändler bzw. bei Umrayonierung den neugewählten Kohlenhändler zwecks Abtrennung der Sonderabschnitte S4R oder S4K vorzulegen haben. Bei nicht rechtzeitiger Rayonierung erlischt der Anspruch auf den Kohlenbezug.

Süßstoff für Diabetiker

Die Landesernährungsämter Wien und Niederösterreich geben bekannt:

Zuckerkrankte in Wien (Bezirke 1 bis 26) und in Niederösterreich erhalten auf Abschnitt 4 des Diabetiker-Ausweises zwei Päckchen Süßstoff (insgesamt 400 Tabletten.)

Überreichung des Cup-Pokals

Die Gemeinde Wien hat für den heuer erstmals durchgeführten Wiener Cup einen Wanderpokal gestiftet, der heute vormittag im Rathaus dem Fußballverband überreicht wurde. Zu der feierlichen Übergabe hatten sich die Vizebürgermeister Honay und Weinberger sowie Stadtrat Dr. Matejka und vom Wiener Fußballver-

band unter anderen Präsident Putzendoppler und Dr. Michel Schwarz eingefunden. Der Pokal, betonte Vizebürgermeister Honay, soll ein Symbol für die Bereitschaft der Gemeinde Wien sein, den Sport zu fördern.

Römergrab im Votivpark

=====

Bei Kanalisierungsarbeiten, die die Gemeinde Wien seit einiger Zeit im Votivpark vornehmen läßt, kamen kürzlich auch Teile von menschlichen Skeletten zum Vorschein. Das Museum für Vor- und Frühgeschichte der Stadt Wien (früher Römisches Museum), das davon verständigt wurde, stellte eine eingehende Untersuchung an und konnte auf Grund verschiedener Anhaltspunkte mehrere Grabanlagen feststellen. Eine durchgeführte Probegrabung führte zu der Freilegung eines römischen Grabes aus dem 3. Jahrhundert nach Christi. Von den Beigaben ist bloß die Gewandschließe vollständig erhalten, während ein Tonlämpchen und ein Gefäß nur in Bruchstücken vorhanden sind. Das Grab gehört dem Gräberfeld an, das sich beiderseits der hier vorbeiführenden Straßen in römischer und frühmittelalterlicher Zeit ausdehnte. Ein aus der Franzosenzeit stammender Degen dürfte auf eine Zufallsbeerdigung zurückzuführen sein. Es ist beabsichtigt, die Grabungen im kommenden Herbst fortzusetzen.

Preise der aufgerufenen Lebensmittel

=====

Für die Woche vom 12.4. bis 18.4.1948 galten folgende Verbraucherpreise:

Weißes Kochmehl, Type 550	kg	1.60	<u>Gemüse:</u>		
Haferflocken	"	2.80	Vogerlsalat	kg	2.30
Dr. Reih's Kindernährmittel,			Glas-Kochsalat		
Dose,		4.20	Mindestgew. 7 dkg	"	-.78
<u>Hülsenfrüchte:</u>			" 4 "	"	-.49
Erbsen, ganz	kg	1.10	C-Ware	"	4.50
Bohnen	"	1.50	Stengelspinat	"	1.60
Spalterbsen	"	1.20	Blätterspinat	"	2.--
Schmalz	"	9.--	Karotten	"	1.30
Teebutter	"	12.80	Rote Rüben	"	1.--
Tafelbutter	"	12.20	Zwiebel	"	2.37
Normalkristallzucker	"	3.20	Treibschnittlauch	"	4.50
Feinkristallzucker	"	3.34			

10. April 1948

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 548

Würfelzucker		kg	3.43
Suppenwürfel		Stk.	-.06
Fischmarinaden		kg	10.--
Seefische:			
Rundfisch		"	5.20
Filet		"	9.50
Speisetopfen	40%ig	"	4.70
"	30%ig	"	4.48
"	20%ig	"	4.22
"	10%ig	"	4.01
Eier:			
Gewichtsgruppe			
S (65 g und darüber)		Stk.	-.675
A (60-65)		"	-.64
B (55-60 g)		"	-.605
C (50-55 g)		"	-.575
D (45-50 g)		"	-.54
Originalcior		"	-.59
Erdäpfel		kg	-.40

Saatkartoffeln für Hausgartenbesitzer

Die Magistratsabteilung für Siedlungs- und Kleingartenwesen stellt nun auch den Hausgartenbesitzern gegen eine Verwaltungsabgabe von 6 Schillingen, Evidenzkarten aus. Die Karten werden von 8 bis 12 und von 13 bis 17 Uhr in der Dienststelle 1., Doblhoffgasse 6, ausgestellt und zwar am 12. April vormittag für den 1. bis 9. Bezirk, nachmittag für den 10. Bezirk, Am 13. April vormittag für den 11. und 12. Bezirk und nachmittag für den 13. Bezirk. Am 14. April vormittag für den 14. und 15. Bezirk, nachmittag für den 16. und 17. Bezirk. Am 15. April vormittag für den 18. bis 20. Bezirk, nachmittag für den 21. Bezirk, Am 16. April vormittag für den 22. bis 24. Bezirk, nachmittag für den 25. und 26. Bezirk. Am 17. April nur vormittag für Nachzügler. Mitzubringen ist der Grundbesitzbogen und der Pachtvertrag, die Kartoffelbezugsanweisungen werden gleichzeitig ausgestellt.

Zur Petroleumausgabe
=====

Das Hauptwirtschaftsamt Wien gibt bekannt:

Im Petroleumaufwurf für Haushalte soll es bei Besitzern des Petroleumbezugsausweises für Haushalte für das Wirtschaftsjahr 1948/49 mit den Abschnitten H richtig heißen: "Abgabe von 10 Liter Petroleum auf Abschnitt S 1".

Entfallende Sprechstunden
=====

Die Sprechstunden des amtsführenden Stadtrates Afritsch am Montag, dem 12. April und am Donnerstag, dem 15. April entfallen.

Zur Seefischausgabe
=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Bei der laufenden Seefischausgabe kommt zum Teil auch Seefischfilet in der halben Aufrufmenge zur Ausgabe. Ein Anspruch auf eine bestimmte Warenart besteht nicht.

50-jähriges Berufsjubiläum
=====

Der Innungsmeister der Wiener Zuckerbäcker, Kommerzialrat Paul Seidel, feierte am Freitag sein 50-jähriges Berufsjubiläum. Vorsteher Seidel betreibt seit 30 Jahren in Ottakring das Zuckerbäckergewerbe und zählt zu den hervorragendsten Fachkräften dieses Berufes. Die Innung der Zuckerbäcker ehrte den Jubilar durch eine Feier, bei der Vizebürgermeister Honay in Vertretung des Bürgermeisters die Verdienste des Vorstehers um den Gewerbestand würdigte. An der Feier nahmen auch die Vertreter der gewerblichen Körperschaften und der Gehilfen teil.

Zahlungserleichterungen bei der Grundsteuer
=====

Bekanntlich wird die vom Gemeinderat beschlossene Erhöhung der Grundsteuer auf das Doppelte des bisherigen Ausmaßes rückwirkend ab 1. Jänner 1948 wirksam. Durch die Nachzahlungen, die nach dem Wortlaut des Gesetzes auf einmal zu leisten wären, würden viele Mieter schwer getroffen werden. Die Innung der Gebäudeverwalter, ^{die} /Wr. Handelskammer und der Freie Wirtschaftsverband haben sich daher mit Eingaben an die Gemeindeverwaltung gewendet und heute sind unter der Führung des Obmannes Schwibitzer die Vertreter der Mietervereinigung im Rathaus erschienen und haben um Erleichterungen bei der Nachzahlung der Grundsteuererhöhung für die ersten Monate dieses Jahres gebeten. Die Deputation der Mietervereinigung wurde in Vertretung des Bürgermeisters von Vizebürgermeister Honay im Beisein der Stadträte Novy und Resch empfangen. In einer längeren Aussprache wurden die Möglichkeiten erwogen, dem berechtigten Verlangen der Mieter Rechnung zu tragen, ohne daß dadurch der Verwaltungsapparat der Gemeinde erheblich belastet und der Eingang der Steuer in der Zeit, in der die Gemeindeverwaltung das Geld zur Erfüllung ihrer budgetmäßigen Verpflichtungen benötigt, gefährdet wird. Die Vertreter der Gemeindeverwaltung haben schließlich die Zusage gemacht, die Nachzahlungen so einzuheben, daß sie auf drei Monate, beginnend mit Mai 1948 verteilt werden. Dies bedeutet monatlich einem Arbeitsmehraufwand von 120.000 zusätzlichen Buchungen und Zahlungen.

Die Vertreter der Mietervereinigung brachten sodann die durch die Erhöhung der Betriebskosten sich ergebende außergewöhnliche Belastung der Mieter jener Gemeindhäuser zur Sprache, die einen bedeutend höheren Pauschalmietzins zu zahlen haben, als die große Masse der Gemeindemieter. Die Vertreter der Gemeindeverwaltung teilten mit, daß alle Mietzinse, die höher als 60 Groschen pro m² sind, überprüft werden und daß beabsichtigt sei, in jenen Wohnhäusern, wo der 60 Groschen pro m² übersteigende Mietzins nach der Lage und Ausstattung der Wohnungen unbillig hoch ist, die Betriebskosten nicht zu erhöhen sondern auf dem Ausmaß vom 1. Dezember 1947 zu belassen.

Gemeindevertreter beim Finanzminister
=====

Heute sprachen Vertreter des Österreichischen Städtebundes und der Gemeindevertreterverbände von Niederösterreich bei Finanzminister Dr. Zimmermann vor. Die Gemeindevertreter wiesen auf die schwierige Finanzlage der österreichischen Gemeinden hin, die sich in den letzten Monaten noch verschärfte. In der Besprechung wurden die Auswirkungen des Währungsschutzgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes auf die Gemeinden aufgezeigt und gleichzeitig auf die Notwendigkeit einer Finanzierung des weiteren Wiederaufbaus der gemeindeeigenen Objekte hingewiesen. Die Besprechungen konnten wegen des Umfanges der aufgeworfenen Fragen nicht zum Abschluß gebracht werden. Es wurde eine weitere Besprechung aller Fragen vereinbart die in kürzester Zeit stattfinden wird.